

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the map of Iraq.

Starke Institutionen oder starker Mann?

Der Irak nach den Wahlen

TIM O. PETSCHULAT
Mai 2018

- Am 12. Mai wurde im Irak ein neues Parlament gewählt. Es war die erste Parlamentswahl nach dem militärischen Sieg über den »Islamischer Staat« (IS) im Dezember 2017. Frustration über Korruption, schlechte Regierungsführung und fehlendes Vertrauen in die Reformfähigkeit irakischer Politik führten zu einem historischen Tiefstand bei der Wahlbeteiligung.
- Mit 54 Mandaten liegt überraschend das von Muq̄dada al-Sadr geführte Wahlbündnis *Sa'eron* (En Marche) vorn. Dabei handelt es sich um ein neues Anti-Establishment-Bündnis aus Sadristen und Post-Kommunisten, das mit einem überzeugenden Anti-Korruptions-Wahlkampf punktete. Die Plätze zwei bis vier belegten die pro-iranische Liste der Volksmilizen *Al-Fath* (47 Sitze), das reformorientierte *Al-Nasr*-Bündnis von Premierminister Haidar Al-Abadi (42 Sitze) und die konservative *Dawlat Al-Kanoun*-Liste des ehemaligen Premiers Al-Maliki (26 Sitze). Die vier erfolgreichsten Listen repräsentieren mehrheitlich schiitische Abgeordnete. Während *Sa'eron* und *Al-Nasr* für den Aufbau starker und leistungsfähiger Institutionen stehen, streben *Al-Fath* und *Dawlat Al-Kanoun* nach einem Staat mit einem starken Mann an der Spitze und engen Beziehungen zum Iran.
- Da kein Wahlbündnis mehr als 54 der 329 Sitze errungen hat, findet derzeit ein Gesprächsmarathon zwischen allen erfolgreichen Bündnissen und Parteien statt. Dem irakischen Wahlrecht zufolge wird das stärkste sich nach der Wahl bildende Mandate-Bündnis mit der Regierungsbildung beauftragt. Dabei wird kein Lager ohne die Beteiligung sunnitischer und kurdischer Listen regieren können. Auch zwischen den konkurrierenden schiitischen Parteien wird aktiv sondiert. Die Suche nach einer geeigneten Koalition findet wie gewohnt nicht ohne Einmischung von außen statt. Insbesondere die USA und der Iran stellen mit aktiver Diplomatie sicher, dass ihre Prioritäten von allen wichtigen Akteuren im Irak verstanden werden.

Am 12. Mai wurde im Irak ein neues Parlament gewählt. Es war die erste Parlamentswahl nach dem militärischen Sieg über die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) im Dezember 2017. 7.000 Kandidierende bewarben sich auf 329 Sitze.

Wahlsieger ist überraschend der schiitische Prediger Muqtada Al-Sadr. Obwohl er selbst nicht kandidiert hat und für das Amt des Premierministers nicht zur Verfügung steht, ist er die unangefochtene Führungsfigur des siegreichen Wahlbündnisses *Sa'eron*. Al-Sadr hat einen erstaunlichen Wandlungsprozess hinter sich. Aus dem islamistisch-populistischen Organisator zweier Aufstände gegen US-Truppen im Irak ist eine weit über seine schiitische Anhängerschaft hinaus akzeptierte Persönlichkeit geworden, die wie kaum eine zweite für den Kampf gegen Korruption steht. Al-Sadr streitet für einen irakischen Staat mit gleichen Rechten und Chancen für alle Bürger_innen – unabhängig von konfessioneller oder ethnischer Zugehörigkeit. Einmischungen aus Washington und Teheran lehnt er gleichermaßen ab. Er ist ein für ihn nicht risikofreies Wahlbündnis mit politischen Kräften eingegangen, die früher in Sadristen-Kreisen gern als Ungläubige beschimpft wurden: den irakischen Kommunisten und anderen säkularen Parteien.

Das gemeinsame Wahlprogramm wurde inhaltlich weitestgehend von den Kommunisten erstellt und ist zwar nicht kommunistisch, trägt aber die deutliche Handschrift einer progressiven und säkularen Partei. Der Name *Sa'eron* erinnert an die seit 2015 regelmäßig stattfindenden Straßenproteste, die von progressiv-säkularen Aktivist_innen initiiert worden waren, denen sich die Sadristen aber sehr früh angeschlossen hatten. Der landesweit sehr populäre Slogan dieser sozialen Bewegung fordert *khubs, hurriyeh – dawla madaniyeh* – Brot, Freiheit und einen zivilen Staat. Der zivile Staat ist dabei als Gegenbegriff zum religiösen Staat iranischer oder saudischer Prägung zu verstehen. Die neuen Verbündeten eint bei allen historischen Differenzen der Kampf gegen Korruption, die Forderung nach einem funktionierenden zivilen, unabhängigen Staat und der Überwindung des de facto bestehenden Systems der Machtaufteilung nach ethnisch-konfessionellen Gesichtspunkten (*muhasasa*).

Die inhaltliche Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen dieses Wahlkampfes hat offensichtlich auch nach außen hin überzeugt. *Sa'eron* kann als eine aus Straßenprotesten hervorgegangene Anti-Establishment-Bewegung

mit überzeugendem Reformwillen charakterisiert werden. Inwiefern sich der Charakter der Bewegung im voraussichtlich anstehenden Regierungshandeln erhalten lässt, wird zu beobachten sein.

Außensicht: Iran

Wie beunruhigt die iranische Führung über den Wahlausgang ist, lässt sich daran ermesen, dass unmittelbar nach der Wahl der iranische Generalmajor Qasem Sulaimani in Bagdad eintraf. Er ist für die Auslandsoperationen der Iranischen Revolutionsgarden zuständig und befehligt die in Syrien, im Libanon und im Irak mit Ausbildung, Ausrüstung und Finanzierung von schiitischen Milizen aktiven Al-Quds-Brigaden. Sulaimani führt in Bagdad derzeit politische Gespräche mit fast allen wichtigen Wahlbündnissen. Dabei verfolgt er offensichtlich das Ziel, eine Wiederwahl Haidar Al-Abadis zu verhindern sowie den Einfluss Al-Sadrs und seiner Bündnispartner zu minimieren. Der politischen Führung in Teheran ist nicht wohl bei dem Gedanken eines auch nur halbwegs erfolgreichen säkularen Regierungssystems im mehrheitlich gleichfalls schiitischen Nachbarland. Ein Sprecher des iranischen Revolutionsführers Ali Al-Khameinei stellte bereits im Februar 2018 klar, dass der Iran es »Liberalen und Kommunisten nicht erlauben werde, im Irak zu regieren«. Im Iran wird befürchtet, dass Al-Abadi mit Hilfe seines als Premierminister etablierten Netzwerks von Vertrauten in Armee und Staat einen Staatsaufbau vorantreiben könnte, der den Irak nicht nur demokratischer und als Modell attraktiver machen würde, sondern auch unabhängiger von iranischen Investitionen und politischer Einflussnahme. Da es im neuen Parlament keine pro-Iranische Mehrheit mehr gibt, hätte sein von den USA und der EU unterstützter Reformkurs weit bessere Chancen auf Erfolg als bislang.

Das Wahlergebnis lässt dem Iran wenig Raum, eine Marionette als irakischen Premier durchzusetzen. Ziel iranischer Diplomatie dürfte daher vor allem die Verhinderung al-Abadis als Premier sein, denn selbst wenn jemand mit ähnlichen Zielen seine Nachfolge antreten würde: Er/Sie hätte ohne ein vergleichbares Netzwerk und tiefes Wissen um die Fallstricke irakischer Politik kaum ähnlich gute Chancen auf Erfolg. Sollte sich in den nächsten Tagen oder Wochen abzeichnen, dass sich Al-Abadi nicht verhindern lässt, wird es für Teheran darum gehen, die Besetzung wichtiger Ministerien (Innen, Finanzen, Außen, evtl. Verteidigung) zu beeinflussen. Da-

mit lassen sich ebenfalls politische Weichen stellen. So wurde beispielsweise das Innenministerium bisher von der Iran nahestehenden *Badr*-Organisation kontrolliert mit den entsprechenden Folgen für die eigentlich vorgeschriebene Integration der Volksmilizen in die irakischen Sicherheitskräfte.

Außensicht: USA

Ebenfalls intensiv mit Gesprächen beschäftigt sind die US-Amerikaner, deren Hauptziel eine Regierung ist, die erstens ein Wiedererstarken des IS verhindert und in Sicherheitsfragen kooperiert und die zweitens den iranischen Einfluss im Irak zumindest nicht weiter fördert. US-Diplomaten scheinen mit einem selbst für Amerikaner erstaunlichen Pragmatismus ihren Frieden mit Muqtada Al-Sadr gemacht zu haben. Als Feind ihres Feindes und als einflussreicher Schiit mit guten Beziehungen zum saudischen Kronprinz ist er derzeit aus amerikanischer Sicht offensichtlich zumindest das geringere Übel. Dieser Pragmatismus ist zwar nachvollziehbar, angesichts der gemeinsamen Geschichte aber keineswegs selbstverständlich. Das Magazin Newsweek hatte Muqtada Al-Sadr 2006 als damaligem Anführer der Mahdi-Armee und Albtraum der im Irak stationierten US-Truppen noch einen Titel als »The Most Dangerous Man in Iraq« gewidmet.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen

Von den 329 Parlamentssitzen entfallen nach den vorläufigen Wahlergebnissen 54 auf *Sa'eron*. Spitzenkandidatin Dr. Majda Al-Tamimi hat sich als Abgeordnete in Sadr's Ahrar-Block lagerübergreifend einen Ruf als *iron lady* im Kampf gegen die Korruption erarbeitet. Tamimi ist Ökonomin und gehört nicht der Partei Al-Sadrs an. Sie gehört zu den so genannten Technokrat_innen, denen Al-Sadr schon bei der letzten Wahl Plätze auf seiner Liste angeboten hatte. Auf Platz drei der Liste ist der Generalsekretär der irakischen Kommunisten, Raed Fahmi, ins Parlament eingezogen. Er gilt als Mann mit weißer Weste und ist einer der sehr wenigen ehemaligen Minister, die dafür bekannt sind, in ihrer Behörde gegen Korruption vorgegangen zu sein. *Sa'eron* hat sich im Wahlkampf thematisch auf zwei Dinge konzentriert: den Kampf gegen Korruption und das Ziel eines zivilen Staates für alle Iraker_innen. Damit traf die Bewegung den Zeitgeist offensichtlich sehr gut.

Das zweitbeste Ergebnis mit 47 Sitzen haben Milizen der Volksmobilisierung (*Al-Hashd al-Shaabi*) erzielt. Die von ihnen gebildete Liste nennt sich in Anspielung auf die Rolle der Milizen bei der Rückeroberung der vom IS besetzten Territorien *Al-Fath*: Eroberung. Angeführt wird sie vom Kommandeur der stärksten schiitischen Miliz (*Badr*) Hadi Al-Ameri. Ihm wird ein ausgesprochen schlechtes Verhältnis zu Al-Abadi nachgesagt, wohl deshalb, weil dieser ihn entgegen verbreiteter Erwartungen nicht zum Innenminister gemacht hatte. Der in Teheran hervorragend vernetzte Al-Ameri scheint fest entschlossen, Haidar al-Abadi zu beerben oder zumindest dessen Abgang sicherzustellen. Er gehört zu den politischen Freunden des ehemaligen Premierministers Nouri Al-Maliki. Beide haben ähnliche Vorstellungen von einem schiitisch dominierten, möglichst präsidial regierten Irak mit guten Beziehungen zum Iran. Um sich als Premier in Position zu bringen, betonte er jedoch vor der Wahl, dass der Irak nach dem Vorbild der Türkei beides haben sollte: gute Beziehungen zum Iran und zu den USA.

Die Wahlliste von Premierminister Haidar al-Abadi ist überraschend nur auf Platz drei gelandet (42 Mandate). Ihr Name *Al-Nasr* (der Sieg), sollte daran erinnern, dass unter seinem Kommando im Dezember 2017 der »Islamische Staat« militärisch besiegt wurde. *Al-Nasr* ist die landesweit einzige Wahlliste, die in allen 18 irakischen Provinzen kandidiert hat. Al-Abadi hatte im Wahlkampf aktiv um die Stimmen von Sunniten und auch Kurden geworben. Das ist deshalb erwähnenswert, weil seine Liste im Kern einen Teil der alten schiitischen Partei Da'wa repräsentiert, die erstmals gespalten zur Wahl antrat. Verstärkt durch einige prominente sunnitische Kandidaten gelang es der Liste – insbesondere in Mosul/Ninive – zahlreiche sunnitische Stimmen zu erhalten. Dafür wurde sie allerdings von überraschend wenigen Schiiten gewählt. Al-Abadis Versuch, ein Premier für alle zu sein, hat bei den von seinem Amtsvorgänger seinerzeit bevorzugt behandelten Schiiten insbesondere im Süden das Gefühl hinterlassen, ihr Teil des Landes würde bei nötigen Infrastrukturmaßnahmen (Strom, Wasser, etc.) vernachlässigt. Hinzu kommt, dass Wählerinnen und Wähler, die im Grunde Al-Abadis Vision von einem Staat mit starken Institutionen teilen, sich für *Sa'eron* entschieden, weil sie von Sadristen und Kommunisten einen effektiveren Kampf gegen die auch unter seiner Regierung grassierende Korruption erwarten.

Haidar Al-Abadi hat trotzdem noch immer Chancen auf eine zweite Amtszeit. Das Wahlrecht gibt nicht der erfolgreichsten Wahlliste den Auftrag zur Regierungsbildung, sondern dem größten nach der Wahl gegründeten Mandate-Bündnis. Wenn sich also Al-Abadi mit Al-Sadr und anderen zusammentäte, hätte er theoretisch die Chance auf eine zweite Amtszeit. Ein Regierungsbündnis aus *Sa'eron*, *Al-Nasr* und *Hikmat* mit Beteiligung der *PUK* und zweier sunnitische Wahlbündnisse wäre z.B. eine rechnerisch mögliche und inhaltlich plausible Variante, in der Al-Abadi ein vorstellbarer Kompromisskandidat für das Amt des Premierministers sein könnte. Eine andere mögliche – wenn auch weniger wahrscheinliche – Variante ist, dass sich die bei dieser Wahl gespalten angetretene *Da'wa* Partei wieder zusammenfindet und gemeinsam Bündnispartner sucht. Für diesen Fall sind verschiedene Regierungskonstellationen vorstellbar, darunter auch eine mit Al-Abadi als Premier.

Platz vier wurde von der zweiten *Da'wa*-Liste belegt: *Dawlat al-Kanoun* (Staat des Gesetzes), angeführt von Nouri al-Maliki. Sie erzielte 26 Mandate. Al-Maliki hat in seinen zwei Amtsperioden maßgeblich die konfessionellen Gräben vertieft, Sunniten gezielt diskriminiert und teilweise verfolgt, die irakische Armee geschwächt und Milizen gestärkt, u. a. dadurch den Einfluss Irans ausgebaut und den Staat stark auf seine Person ausgerichtet. Seine Regierung hat einige der Voraussetzungen für den späteren Erfolg des IS geschaffen, was auch in Teheran nicht übersehen wurde. Er hat während seiner Amtszeit den öffentlichen Dienst durch massenhafte Einstellungen erheblich erweitert, das Offizierscorps der Armee aufgebläht und – wie ganze Bereiche der Verwaltung – mit Getreuen bestückt. Viele von denen, die ihm ihren Job verdanken, wählen ihn daher heute noch. Seine Popularität hat allerdings nicht nur in Washington und Teheran gelitten, sondern auch bei seiner schiitischen Kernwählerschaft. Während er 2014 noch 720.000 Personenstimmen auf sich vereinte, waren es bei dieser Wahl lediglich 103.000. Al-Maliki kontrolliert keine Miliz, hat aber aus seiner Zeit als Premier noch gute Kontakte an wichtigen Schlüsselstellen. Er ist die einzige prominente Figur, dessen Beteiligung an einem Nachwahlbündnis Wahlsieger Al-Sadr kategorisch ausgeschlossen hat.

Die erfolgreichsten vier Wahlbündnisse hatten überwiegend schiitische Kandidierende auf ihren Listen. Platz fünf belegte die kurdische *KDP* mit 25 Mandaten, gefolgt von der gemischten, mehrheitlich sunnitischen

Liste *Wataniya* um Vizepräsident Iyad Allawi (Schiit) und Parlamentspräsidenten Salim Al-Jbouri (Sunnit).

Ammar al-Hakim und seine schiitische *Hikmat* (Weisheit)-Liste brachten es auf 19 Mandate (plus ein Mandat über die *Shabak*-Quote). Die Familien Al-Hakim und Al-Sadr sind die bedeutendsten schiitischen Gelehrten-Familien im Irak. Beide führen ihre Abstammung auf den Propheten Mohammed zurück; beide haben zahlreiche bedeutende Religionsgelehrte hervorgebracht und genießen im Land und bei den Schiiten der Region großes Ansehen. Ammar Al-Hakim hatte sich im Juli 2017 vom ehemals sehr mächtigen Islamischen Hohen Rat im Irak losgesagt, die Ressourcen des Rates (Immobilien, Medien, Milizen) aber weitestgehend mitgenommen und seine eigene Partei gegründet.

Auf Platz acht folgt mit 18 Mandaten, von denen allerdings einige (Kirkuk, Sulaymanie) umstritten sind, die kurdische *PUK*. Platz neun und zehn belegen zwei sunnitische Listen: *Al-Hal* (Karbuli) und *Al-Qarar*. Neun Mandate sind der Minderheitenquote vorbehalten. Die übrigen Sitze entfallen auf kleinere, teilweise nur in einzelnen Provinzen kandidierende Listen.

Zusammensetzung des Parlaments

Je nach Zählweise sind von den 329 Mandaten ca. 56 an Sunniten und ca. 56 an Kurden gegangen. Die neun Sitze der Minderheiten-Quote entfallen auf Christen (5), Mandäer (1), Yeziden (1), Shabak (1) und Feyli Kurden (1). Die Mehrzahl der übrigen Sitze gingen an schiitisch dominierte Listen, von denen eine Mehrheit inhaltlich näher an den Vorstellungen von Sadr/Abadi als an denen von Maliki/Al-Ameri verortet ist. Die Frauenquote (25 %) schreibt fest, dass mindestens 83 Sitze von Frauen besetzt werden.

Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung war mit 44,52 Prozent so niedrig wie noch nie. In Bagdad lag sie unter 25 Prozent. Die Ursache für den Wahlsieg von *Sa'eron* und für die niedrige Wahlbeteiligung sind miteinander verknüpft: Frustration angesichts der täglich erlebten Korruption, der weit verbreiteten Armut trotz des Ölreichtums und der weiter wachsenden gravierenden Ungleichheit in der

Gesellschaft. Dazu kommt die verbreitete Stimmung, dass das Land von seiner politischen Elite ausgeplündert wird, und dass an diesem Umstand erfahrungsgemäß auch Wahlen nichts ändern. Al-Maliki wurde nach seiner verheerenden zweiten Amtszeit als Premier nicht etwa ins politische Abseits, sondern auf den Vizepräsidentenposten befördert – um nur ein Beispiel zu nennen. Da es angesichts der üblichen Konsensregierungen auch keine echte Opposition im Parlament gibt, hat ein großer Teil der Bevölkerung das Vertrauen in Wahlen aufgegeben, während die aktiven Wähler_innen dafür sorgten, dass mit *Sa'eron* eine Anti-Establishment-Liste die Wahl gewann.

Darin liegt auch eine Chance. Sollte *Sa'eron* Regierungsverantwortung übernehmen und in den von ihnen verantworteten Ressorts einen spürbaren Wandel einleiten, hätte die Bewegung gerade angesichts der recht niedrigen Erwartungshaltung in der Bevölkerung das Potential, auch unter den Nichtwählenden viele Anhänger für ihr Reformprojekt zu gewinnen. Die Abwesenheit von Vertrauen in staatliche Institutionen und der überall zu beobachtende Rückzug auf nicht staatliche Akteure (Stammesgerichtsbarkeit, Milizen etc.) ist nur umkehrbar, wenn es der Regierung wenigstens in Teilbereichen gelingt, Verbesserungen bei staatlichen Leistungen für die Allgemeinheit zu erbringen und sichtbar zu machen. Das gilt für alle Bereiche, in denen der irakische Staat derzeit nicht einmal Minimalstandards erfüllt: Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Infrastruktur, Justiz, Sicherheit, etc. Die Tatsache, dass Al-Sadr eine Regierungsbeteiligung von *Sa'eron* an eine Regierung knüpft, die überwiegend aus Fachleuten/Technokraten bestehen sollen, zeigt, dass er auch über die Ressortaufteilung hinaus den Willen hat, Veränderungen voranzubringen.

Herausforderungen

Die weiterhin fragile Sicherheitslage im Land macht Wiederaufbau, nationale Versöhnung und die Stärkung von staatlichen Institutionen selbst für die kompetenteste Regierung zu einer respektgebietenden Herausforderung. Einige Beispiele:

Der IS kontrolliert zwar kein zusammenhängendes Territorium mehr, ist aber noch immer in der Lage, aus Rückzugsgebieten in den umstrittenen Territorien und aus Syrien heraus Terrorakte zu planen und auszuführen,

wie zuletzt bei einem Selbstmordattentat mit fünf Toten in Bagdad am 24. Mai 2018. Solange der Krieg in Syrien andauert und die Sicherheitszuständigkeiten in den zwischen Zentralregierung und Autonomer Region Kurdistan umstrittenen Territorien nicht geklärt sind, wird es für Terroristen des IS weiter Rückzugsräume geben.

Offensichtlich manipulierte Stimmergebnisse in der Öl-Provinz Kirkuk drohen die Lage vor Ort zu destabilisieren. Dort hat die kurdische *PUK* die Hälfte aller Mandate gewonnen, die andere Hälfte verteilt sich auf arabische und turkmenische Kandidierende, ein Mandat ging über die Quote an die christliche Minderheit. Dieses Ergebnis erscheint aus mehreren Gründen unglaubwürdig: Zum einen hat die *PUK* auch in mehreren nicht-kurdischen Distrikten gewonnen, zum anderen war die Wahlbeteiligung in den kurdisch bewohnten Gebieten sehr viel geringer als bei der arabischen und turkmenischen Bevölkerung. Drittens geben viele Kurden der *PUK* die Schuld an der Rückeroberung des zuvor kurdisch kontrollierten Gebiets durch die irakische Armee 2017, weshalb ein so gutes *PUK*-Ergebnis unwahrscheinlich ist. Die Wahlkommission weigert sich bislang, die Ergebnisse manuell nachzählen zu lassen. Turkmenische und Arabische Parteien versuchen zurzeit, die Neuauszählung gerichtlich zu erzwingen. Sollte das nicht gelingen, sind Unruhen nicht unwahrscheinlich; beide Seiten verfügen über Milizen. Die für Dezember anstehende (und gerade in Kirkuk überfällige) Kommunalwahl lässt sich vor Ort nur dann durchführen, wenn ein transparenter Prozess legitime Ergebnisse für die Parlamentsmandate der Provinz produziert.

Das Verhältnis zwischen Autonomer Region Kurdistan und Zentralregierung ist nach wie vor sehr angespannt. Das nicht bindende Referendum zur kurdischen Unabhängigkeit vom September 2017 hat die Krise der irakischen Kurden vertieft und keines der vom Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan Masud Barzani angestrebten Ziele erreicht. Im Ergebnis sind die Kurden wirtschaftlich isoliert, geschwächt und noch zerstrittener als zuvor. Die interne Uneinigkeit zeigt sich unter anderem darin, dass die Kurden sich erstmals nicht auf eine gemeinsame Liste für die Wahl zum irakischen Parlament einigen konnten. Durch den Verlust der Kontrolle über die umstrittenen Gebiete (Kirkuk, etc.) und über die Außengrenzen haben die Kurden erheblich an Verhandlungsmasse im Dauerstreit mit der Zentralregierung um umstrittene Territorien und kurdische Eigenstaatlichkeit

eingebüßt. Während die Kurden in den Jahren nach 2003 eine entscheidende Rolle beim Aufbau des irakischen Staats gespielt haben, scheinen sie sich aus Bagdad auch politisch weitgehend verabschiedet zu haben. Der Konflikt zwischen Autonomer Region Kurdistan und Zentralregierung wird weiter viele Ressourcen binden, die auf andere Weise sinnvoller zu nutzen wären. Auch bewaffnete Zwischenfälle zwischen Peshmerga und Volksmilizen und/oder Irakischen Sicherheitskräften sind nicht ausgeschlossen.

Die vom IS oder im Zuge der Vertreibung der Terrormiliz angerichteten Schäden allein an physischer Infrastruktur belaufen sich nach Schätzungen des Planungsministeriums auf mindestens 100 Milliarden US-Dollar. Voraussetzung für die Rückkehr von (Binnen-)Flüchtlingen in ihre Heimatorte ist aber nicht nur das Räumen von Minen und die Reparatur von Straßen, Wasser- und Stromversorgung sondern – insbesondere für Angehörige von Minderheiten – auch die Herstellung von Sicherheit und akzeptierten rechtstaatlichen Strukturen, sodass ein angstfreies Rückkehren möglich wird. Es gibt Orte, an denen das bereits vorbildlich gelingt (z. B. Tikrit). Für die meisten ethnisch-konfessionell gemischten Gebiete insbesondere rund um Mossul liegt hier eine der größten Herausforderungen für die kommende Regierung.

Szenarien der Regierungsbildung

Die Besonderheiten des irakischen Wahlrechts ermöglichen drei Optionen der Regierungsbildung mit jeweils verschiedenen Varianten.

1. Eine Regierung mit einem Iran-freundlichen »starken Mann« an der Spitze, z. B. Hadi Al-Ameri.
2. Eine Regierung geführt von einem säkular orientierten Schiiten, der das Ziel starker Institutionen verfolgt, z. B. Haidar al-Abadi.
3. Eine Kompromissregierung, die eine Beteiligung aller potentiellen Störer sicherstellt, mit einem von Al-Sadr abgeseigneten Premier und einer Aufteilung der Schlüsselressorts, die alle – oder zumindest fast alle – wichtigen Strömungen zufriedenstellt.

Die ersten beiden Varianten hätten den Vorteil, dass es erstmalig eine echte Opposition geben würde. Sie hät-

ten gleichzeitig den Nachteil, dass die jeweils nicht beteiligte Seite erhebliches Störpotential entfalten könnte und dies wahrscheinlich auch einsetzen würde (durch Milizen und/oder Straßenaufstände). Beide Varianten bilden vor allem die gegensätzlichen Lager ab:

Zum einen das Iran-freundliche auf einen starken Mann setzende Lager um Al-Ameri und Al-Maliki. Beiden schwebt ein Umbau des Irak zu einem präsidentialen System vor, weil sie nicht glauben, dass sich Institutionen im Irak anders als nach konfessioneller Quote besetzen lassen. Sie vertreten die Auffassung, dass derart besetzte Institutionen nichts leisten, sondern von ihren Führungskräften als »Besitz« und Quelle von Klientelbindung betrachtet werden. Der Iran ist weniger als politisches Modell ein Vorbild als vielmehr als wichtiger Investor und Finanzier. Dafür wird iranischer Einfluss hingenommen.

Das andere Lager wird von der irakischen Presse häufig als »amerikanisches« Lager bezeichnet. Die Bezeichnung ist irreführend, da das zweite Lager keine pro-amerikanische Position vertritt, sondern eher eine äquidistante Haltung zu den USA und dem Iran anstrebt. Während Al-Abadi gute Beziehungen zu beiden Ländern wichtig sind, möchte Al-Sadr den Einfluss beider Staaten auf innerirakische Angelegenheiten so weit wie möglich beenden. Weil sich das nicht ausschließen muss, sind *Al-Nasr* und *Sa'eron* sehr wahrscheinliche Bündnispartner. Gemeinsames Anliegen dieses Lagers ist der Aufbau leistungsfähiger nationaler Institutionen, eine Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, eine Regierung, die den Wiederaufbau des Landes anpackt und die bisher als »normal« tolerierte Korruption aktiv bekämpft.

Die Variante einer Kompromissregierung aus beiden Lagern ist die wahrscheinlichste. Sie hat eine gewisse Tradition im Irak. Al-Sadr hat deutlich gemacht, dass er mit einer solchen Variante leben könnte, solange die Ministerien mit (von den Wahlbündnissen vorgeschlagenen) Technokrat_innen besetzt werden, die *Sa'eron*s Grundforderungen teilen: Aufbau des zivilen Staats, Bekämpfung von Korruption. Eine Beteiligung an jeglicher Form von Kompromiss, der absehbar nichts Wesentliches ändern würde, wäre für *Sa'eron* politisch zu riskant. Darum besteht Anlass zur Hoffnung, dass von dieser Wahl positiver Wandel für den Irak ausgeht, solange jedenfalls eine Regierung nach Variante 2 oder 3 zustande kommt.



Die Regierungsbildung selbst dürfte sich noch einige Zeit hinziehen. Fest steht, dass der Premierminister Schiit sein wird. Das ist zwar weder in der Verfassung noch im Wahlrecht festgeschrieben, hat sich aber als kaum hinterfragte Tradition herausgebildet und wird allgemein akzeptiert, zumal die Bevölkerungsmehrheit schiitisch ist. Häufig ist zu lesen, dass die Regierung innerhalb von 90 Tagen nach der Wahl gebildet werden muss. Zwar gibt es eine 90-Tages-Frist, sie beginnt jedoch erst mit der Feststellung des offiziellen Wahlergebnisses durch das Oberste Bundesgericht. Und das kann im Hinblick auf die nötigen Untersuchungen in Kirkuk und anderen Gebieten noch dauern.

Manipulationsvorwürfe schnell aufklären

Wichtiger als eine schnelle Regierungsbildung und ein erster Schritt in Richtung starker und akzeptierter staatlicher Institutionen wäre die Aufklärung mindestens der plausibelsten Vorwürfe von Wahlmanipulation – insbesondere in Kirkuk. Warum sich die Unabhängige Hohe Wahlkommission (IHEC) der Forderung einer Untersuchung verweigert, ist nicht nachvollziehbar. Das im Irak angewandte elektronische Stimmzählverfahren ermöglicht auch das manuelle Nachzählen. Von dieser Möglichkeit muss zumindest in umstrittenen Fällen Gebrauch gemacht werden, um der neuen Regierung die nötige Legitimation zu verschaffen. Die deutsche Außenpolitik kann durch entsprechende Forderungen an die Unabhängige Hohe Wahlkommission deutlich machen, dass ihr eine demokratische und stabile Entwicklung im Irak wichtig ist.



Über den Autor

Tim O. Petschulat ist Leiter des FES-Büros in Amman mit Zuständigkeit für Jordanien und Irak.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7420 | Fax: +49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

